

Veröffentlicht in KONKRET 12/2017

Kellernazis und Donaumagnaten. Mit der Regierung Kurz-Strache wendet die Zweite Republik sich ihren Vorkriegswurzeln zu

*„Der zentrale Punkt ist, dass Migranten
nicht in die EU gelangen sollen.“*

Sebastian Kurz

Oberhalb des Renaissancestädtchens Gumpoldskirchen, bekannt für seine schweren Weißweine und ein Stift der Deutsch-Ordens-Ritter, erhebt sich der Eichkogel, ein Berg mit Steppengras, Flaumeichen und Zwergweichseln. In ihm schneiden sich die pannonisch-pontische und die atlantische Klimazone. Der Eichkogel ist unter Schutz gestellt, Flora und Fauna Ungarns gedeihen an diesem vorgeschobenen Stützpunkt prächtig. Wenige Tage nach der österreichischen Nationalratswahl, die mit einem Erdrutschsieg der ÖVP (31,5%) und einem Fünf-Prozent-Zuwachs der FPÖ auf 26% endete und beide Parteien in die Nähe der Zweidrittelmehrheit brachte, erklärte der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán in einer Rede in Budapest Ostmitteleuropa zur „migrantenfreien Zone“. Die EU und einige ihrer westlichen Mitgliedsstaaten seien von einem „Spekulantenimperium“ in Geiselhaft genommen worden. Die mysteriöse Finanzmacht habe Europa „die jüngste Völkerwanderung, Millionen Migranten und die Invasion der neuen Einwanderer beschert“. Dunkle Mächte verfolgten einen sinistren Plan, das Ziel sei, aus Europa einen Kontinent mit gemischter Bevölkerung zu machen, ein Horror für alle völkischen Reinheitsapostel. Aber noch gebe es uneinsichtige Staaten, die die Zeichen der Zeit nicht erkannt hätten, so Orbán. Umso mehr freue er sich darüber, daß sich das österreichische Volk mit großer Mehrheit

nunmehr in die visionäre Politik der Visegrád-Staaten Polen, Tschechien, Slowakei und Ungarn einreihe. Der ungarische Wirtschaftsstaatssekretär Balázs Rákosi fasste die Botschaft noch einmal zusammen: Da sich die politischen Ansichten der beiden Regierungschef vor allem hinsichtlich der „Migration und der Rolle Mitteleuropas in der EU“ sehr ähnelten, gehe Ungarn von einer engen Abstimmung mit der Regierung Kurz aus. Beim jährlichen Forum der EU-Strategie der Donauregion (EUSDR) führte Rákosi aus, daß die internationale Zusammenarbeit immer einfacher sei, wenn die Regierungsparteien derselben politischen Familie entstammten, was beim Orbán'schen FIDESZ und der neuen ÖVP unter Sebastian Kurz zutrifft. Beide sind Mitglieder der Europäischen Volkspartei, einer der Vizepräsidenten ist Viktor Orbán. „Wir erwarten, dass die Zusammenarbeit mit der österreichischen Regierung problemlos und sehr eng sein wird“, gibt der Ungar die Linie vor.

Im Oktober wurde von der Orbán-Regierung ein Fragebogen lanciert, der Suggestivfragen bezüglich eines angeblichen „Soros-Plans“ zum Inhalt hat, dem zufolge Soros Europas „christliche und nationale Identität“ zerstören wolle. Es war nicht erforderlich, die jüdische Herkunft des Finanzmoguls zu betonen. Nicht nur die Ungarn wissen, was gemeint ist. Einige Jahrzehnte lang waren die Antisemiten am Donaustrom zum Schweigen gezwungen, sie fristeten ein Nischendasein in obskuren Zeitschriften, Kampfsportgruppen und Internetseiten. Nun aber, da das europäische Schiff nach Steuerbord verfällt, hat der „Ewige Jude“ wieder Konjunktur; die Ritter des christlichen Abendlandes sammeln sich in ihren hohen Mauern und reiten aus, den Volkskörper zu säubern.

Während die Weltblätter nicht aufhören, die FPÖ als „far right“ oder „rechtsradikal“ zu beschreiben, finden die österreichischen Medien mittlerweile schon den verharmlosenden Begriff „rechtspopulistisch“ als zu hart. Es gibt Ausnahmen: Hans Henning Scharsach, ein langjähriger Beobachter der FPÖ, weist nach, daß Bundesparteiobmann Strache und vier

seiner fünf Stellvertreter sowie 20 von 33 Mitgliedern des Parteivorstands völkisch Korporierte sind. Auch werden sechs von neun Landesparteien von dieser Gruppe dominiert. Beim nominierten Verhandlungsteam und den Bereichssprechern für die offensichtlich schon von langer Hand vorbereiteten VP-FP-Koalition sind ausnahmslos alle Nominierten Burschenschafter, darunter auffallend viele mit Offiziersausbildung und militärischen Karrieren. Pünktlich zum Start der Verhandlungen meldete sich auch der Generalstab des Heeres zu Wort. Da davon auszugehen sei, daß der Flüchtlingsstrom andauere und die EU nicht in der Lage sei, die Außengrenzen zu schützen, müssten das die Nationalstaaten selber erledigen; mit Soldaten an den Grenzen, wie es Österreich bereits vorexerziere. Eine Verdoppelung des Bundesheerbudgets sei daher ein Gebot der Stunde. Auch Anneliese Kitzmüller, die einzige Frau im FP-Verhandlungsteam, punktet mit einer einschlägigen Vergangenheit. Sie entstammt dem Milieu der Landsmannschaften, ist Mitglied gleich zweier Mädchenschaften, sorgt regelmäßig für rassistische und homophobe Äußerungen und erweist sich als profunde Kennerin der deutschen Sprache. In einer parlamentarischen Anfrage wollte sie wissen, wie viele Ausländerfratzen die „Kinderrippen“ überschwemmen. Ein rechtsextremer, demokratie- und verfassungsfeindlicher Akademikerklüngel habe die Freiheitliche Partei in Besitz genommen, so der FPÖ-Beobachter Scharsach, doch damit nicht genug, der penibel recherchierende Autor geht davon aus, daß die freiheitlichen Burschenschafter eine Ausweitung der Kampfzone anstreben. „Österreichs Burschenschaften, aus denen die schlimmsten Nazi-Verbrecher, die brutalsten politischen Gewaltverbrecher der Nachkriegszeit und zahlreiche rechtskräftig verurteilte Neonazis hervorgegangen sind, greifen nach der Macht im Staat.“ Was übertrieben klingen mag, wird plausibel, wenn man weiß, daß sich aus der Zeit der ersten Schwarz-Blauen Koalition noch schockweise höhere Beamte im Wirtschafts-, Gesundheits- und

Bildungsbereich breitmachen, vor allem bei Polizei und Heer verfügen die Blauen über eine erdrückende Majorität, einschlägige Gewerkschaftsorgane weisen blaue Zweidrittelmehrheiten auf. Es ist, als hätten die Freiheitlichen die Arbeiten Gramscis und Lenins zur Hegemonie- und Machtfrage studiert. Längst ist der staatliche Repressionsapparat dem Zugriff antifaschistischer Kräfte entzogen, nur wenige demokratiepolitische Brückenköpfe wie das „Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands (DÖW)“ können sich noch halten. Die Handvoll Wissenschaftler des DÖW wissen um ihren prekären Status.

Es verwundert nicht, daß es zwischen der FPÖ und den Identitären enge personelle und strukturelle Verknüpfungen gibt, sie wurzeln meist in denselben Burschenschaften. Die Schwarz-Blaue Regierung der Jahre (2000-2006) mit ihrem Voodoo-Mix aus Korruption, Privatisierung, völkischer Migrationspolitik, „Verschlankung“ des Sozialstaats und EU-Feindschaft geht nun in die zweite Auflage, wobei nicht unerwähnt bleiben soll, daß die Rot-Schwarzen Regierungen der Jahre 2007 bis 2017 gute Vorarbeit geleistet haben und als eine Art Zwischenherrschaft innerhalb der Hegemonie eines antimodernen Blocks an der Macht verstanden werden kann. Als Jörg Haider der altbraune Spuk der Kellernazis in seiner Partei zuviel geworden war – vor allem in ostösterreichischen Kleinstädten fechten die Waffenstudenten ihre Messuren in tiefen mittelalterlichen Kellern aus – verweigerten ihm viele Hartgesonnene, unter ihnen Heinz Christian Strache, die Gefolgschaft, worauf Haider zu einer Parteispaltung Zuflucht nahm und das „Bündnis Zukunft Österreich“ ins Leben rief. Neun Jahre nach Haiders Unfalltod – in Burschenschafterkreisen als Anschlag des Mossad gehandelt – sind alle Spaltpilze und Splittergruppen wieder am Küchentisch der deutschnationalen Mutter vereint. Und siehe da, die noch weiter nach rechts gerückte FPÖ ist bei Wahlen ebenso stark wie Jörg Haider in seiner besten Zeit. In Kärnten wurde die FPÖ bei den Nationalratswahlen sogar zur stärksten Partei, jenem Kärnten, das von Haider und seinen

größenwahnsinnigen Finanzlandesräten und Landesbankiers in den Bankrott geführt worden war und von der Republik, das heißt: den Steuerzahlern, gerettet werden musste. Kasnudeln und Todestrieb sind und bleiben die beiden Pole der Kärntner Realverfassung.

Sebastian Kurz wird aufgrund seiner Jugend mit Politstars wie Justin Trudeau in Kanada oder Emmanuel Macron in einem Namen genannt, doch das haben die beiden letzteren nicht verdient. Trudeau ist ein Liberaler mit einer teils fortschrittlichen gesellschaftspolitischen Agenda und Macron hat seine EU-freundliche Politik, die im Kern nichts anderes ist, als ein Versuch, der deutschen Suprematie zu widerstehen, *gegen* den rechtsextremen Front National durchgesetzt. Macron ist die Reaktion der französischen Bourgeoisie auf den Aufstieg Deutschlands, und es ist eine Antwort ohne den Rechtsextremismus. Sebastians Kurz' „Bewegung“ ist die Antwort des österreichischen Bürgertums auf ein (noch) weltoffenes Deutschland. In den dreißiger Jahren blühte der austrofaschistische Diktator Dollfuß (er wurde 1934 von Nazis im Bundeskanzleramt erschossen) den Österreichern ein, sie seien die besseren Deutschen und hätten den besseren Faschismus. Nun ist es Sebastian Kurz, der den Deutschen erklärt, wie eine ordentliche Europapolitik auszusehen hat und wie die Migration (von Asyl redet er kaum) in der Festung Europa beschaffen sein muß. Die österreichische Bourgeoisie war immer faschismusaffin oder selbst faschistisch. In der politischen Charaktermaske Sebastian Kurz materialisieren sich die Interessen der österreichischen Eliten und diese schließen immer auch den am äußersten rechten Rand stehenden Partner mit ein. Macrons Determinanten sind antideutsch, EU-freundlich und antifaschistisch. Kurz segelt einen anderen Kurs, dessen Koordinaten heißen reaktionäres Mitteleuropa und Koalition *mit* der stärksten rechtsextremen Partei Europas. Die Israelitische Kultusgemeinde Österreichs pflegt seit jeher enge Beziehungen zur ÖVP, einer ihrer Mandatare wurde auch von

Kurz in den Nationalrat geholt. Eine Woche nach der Wahl, als Kurz und Strache einander in der Öffentlichkeit mit persönlichen Sympathieerklärungen überschütteten und auch die letzten Träumer in Sozialdemokratie und Gewerkschaft einsehen mußten, daß die Wendekoalition beschlossene Sache ist, meldete sich die Kultusgemeinde mit einer klaren Botschaft: Keine Koalition mit Rechtsextremen!

Sebastian Kurz ist zwar an Jahren jung, aber an einschlägiger Tradition hundert Jahre alt. Mächtige Geschichtsfäden knüpfen ihn an die Politik der bürgerlichen und bäuerlichen Klassen der späten zwanziger und dreißiger Jahre. Nach wie vor sind für das österreichische Bürgertum die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften – unbeschadet deren Harmlosigkeit – der Hauptfeind; die Herren mit einem Schmiss im Weltbild aber sind keine Feinde, sie sind entweder Steigbügelhalter, wie in den Jahren 2000 bis 2006 oder Koalitionspartner auf Augenhöhe, wie dieses Mal. Die endgültige Vertreibung der Roten von den Schalthebeln der Macht war die Agenda des ÖVP-Chefs Schüssel in den Jahren 2000 und folgende. Obwohl nur halb vollbracht, war doch ein hoffnungsvoller Anfang gemacht. Die Fortsetzung folgt jetzt unter wesentlich besseren Bedingungen im Inneren wie im Äußeren. Kurz und seine Stützen in den Bundesländern aber missachten eine Warnung des rechtskonservativen Verfassungsrechtlers Andreas Khol – er war der Architekt der Regierung Schüssel-Haider – , der ahnt, was kommen wird. Eine ÖVP in der Zwickmühle zwischen Rechtsradikalen, die dem fischen Sebastian bald den Marsch blasen werden und eigener, beschleunigter weiterer Rechtsentwicklung hin zu einem autoritären System ohne ernstzunehmende politische und mediale Gegner. Khol befürchtet, daß die langfristige Dynamik des österreichischen politischen Systems letztlich auf eine dominante Kanzlerschaft der FPÖ hinauslaufen könnte.

In Mitteleuropa war und ist es die Rolle rechter bürgerlicher Parteien, Nazis den Weg zu bereiten, zuerst in einer jahrelangen Latenzphase, dann, bei

einem minder wichtigen Anlaßfall, mit sich überstürzender Wucht. Mit den Wahlen vom Oktober 2017 ist die Zweite Republik in diese Phase einer rechtsreaktionären Beschleunigung der Politik eingetreten; der kommende Aufprall zeichnet sich bereits am Horizont ab.

Im Wahlkampf forderte die FPÖ lautstark, Österreich möge sich aus den völkerrechtlich bindenden Verträgen der Europäischen Menschenrechtskonvention und der wichtigsten UN-Verträge zurückziehen und eine eigene Menschenrechtsstrategie nach ungarischem Vorbild konzipieren. Daß die Europäische Menschenrechtskonvention in Österreich im Verfassungsrang steht, stört die FPÖ nicht. Hämisches lächelnd verfolgt sie, wie der Chef der NEOS (sie erhielt 5,3 % der Stimmen), der Ex-ÖVP'ler Strolz, sich der neuen rechten Stärke andient und lauthals verkündet, er werde der neuen Koalition gern die notwendigen Stimmen für verfassungsändernde Vorhaben zur Verfügung stellen. Österreichs Liberale: über kurz oder lang küssen sie den Saum der Nazis. Den Wählerinnen und Wählern ist dieser Anschlag auf das zivilisatorische Fundament der antifaschistischen Zweiten Republik in großer Mehrheit egal. Schlimmer noch. Der Politologe Filzmeier geht davon aus, daß eine qualifizierte Mehrheit der lieben Landsleute die verhassten und von den Grünen bei jeder Gelegenheit wie eine Monstranz vor sich her getragenen Menschenrechte lieber heute als morgen auf den Müllhaufen der Geschichte werfen wollen. Auch das hat einen tieferen Grund: Wer sauren steirischen Jungwein, Zwiebschmalzbrote und Andreas Gabalier als Fixpunkte der menschlichen Existenz betrachtet, der braucht kein Völkerrecht, das kommt von Fremden, sondern Heimatliebe.

Der Ökonom und Statistiker Christian Donniger untersuchte das Wahlprogramm der nach Selbstzuschreibung „sozialen Heimatpartei“ FPÖ und stellte fest, daß es alle wichtigen Positionen der Industriellenvereinigung übernimmt. „Es beinhaltet massive Kürzungen im Gesundheits- und Sozialbereich und bei den Pensionen, wobei die Einschnitte ins

Sozialsystem unter dem euphemistischen Titel „Optimierungen“ verkauft werden. Kernstück des Programms ist die Senkung des Steueraufkommens um 12 Milliarden Euro, bei gleichzeitiger strikter Einhaltung eines Null-Defizits.“ Die im Programm zur Gegenfinanzierung berechneten Einsparungen sind aber entweder stark übertrieben oder vollkommen unrealistisch. Die Industriellenvereinigung hat sich wiederholt gegen Kollektivverträge (in Österreich unterliegen ihnen 98% aller Lohnabhängigen, in Deutschland die Hälfte) und für Regelungen auf betrieblicher Ebene ausgesprochen. Es ist kein Zufall, dass bisherige Forderungen der FPÖ nach einem Mindestlohn von 1.700 und einer Mindestpension von 1.000 im Wahlprogramm fehlen. Ein allgemein festgesetzter Mindestlohn passt nicht in das Konzept der Industriellen, sie wollen Vereinbarungen nur auf betrieblicher nicht auf kollektivvertraglicher Ebene. „Wenn man die Propagandawalze weglässt, versteht die FPÖ sich als politischer Arm der Industriellenvereinigung mit den Zielen „schlanker, neoliberaler Staat“, Sozialabbau, Zurückdrängung von kollektiven Arbeitnehmerrechten und Steuererleichterungen für Unternehmen“, resümiert der Ökonom.

Privatisierungen des noch vorhandenen unternehmerischen Staatsvermögens bei Post, Bahn, Telekom sowie im Gesundheits- und Pflegesektor ergänzen das Wendeprogramm. Die durchwegs mit korrupten und kriminellen Machinationen einhergegangenen Privatisierungen der Schlüssel-Häider Ära sind heute noch nicht juristisch aufgearbeitet. Zentrale Protagonisten der damaligen Politmafiosi, unter ihnen der ehemalige Finanzminister Karl-Heinz Grassler und die gesamte Kärntner ÖVP-FPÖ Führung sitzen in Gefängnissen oder laufen mit elektronischen Fußfesseln herum.

Am österreichischen Nationalfeiertag am 26. Oktober Österreich (gefeiert wird die Wiederherstellung der staatlichen Souveränität Österreichs und der Abzug des letzten Besatzers, eines Sowjetsoldaten) kritisierte der Staatssekretär im ungarischen Außenministerium Levente Magyar, daß es

zwischen Österreich und Ungarn nur alle zwanzig Kilometer einen Grenzübergang gebe, während in Westeuropa alle zwei bis vier Kilometer Übergänge zur Verfügung stünden. Des Weiteren beklagt Herr Magyar die als temporär eingerichteten Grenzkontrollen zu Ungarn, diese würden unter der Hand zu ständigen Kontrollen, was eine ernste Gefahr für das Schengen-Regime mit sich bringe. Die braven Österreicher nahmen sich den Rüffel zu Herzen und gaben die Einrichtung von sechs neuen Grenzübergängen bekannt.

Lega Salvini auf EU-Ebene mit FPö verbündet die Achse Rom-Wien-Budapest

Und so traten sie in die Koalitionsverhandlungen ein. Während die Medien noch darüber spekulierten, wie lange es dauern wird, bis eine Regierung stehen werde, der Durchschnitt von sechzig Tagen geisterte durch die Prognosen, zeigte es sich, daß der neue Kanzler auf kurzem Weg Nägel mit Köpfen machen will. Obwohl der (dominante)SPER setzte

Kern zu stark Häupl er finde es seltsam, daß er immer wieder auf einstimmige Parteitagsbeschlüsse verweisen müsse, denen zufolge eine Koalition mit der FPÖ auf Bundesebene eine entschiedene Abfolge erteilt werde, sagte ein griesgrämiger Wiener Bürgermeister Häupl vor den Nach-Wahl-Sitzungen der höchsten SP-Gremien. Als Noch-Kanzler Kern verlauten ließ, er werde die SPÖ auch in die Opposition als Parteivorsitzender

Sozialdemokratische Gewerkschafter erbringen den praktischen Nachweis, daß der Einsatz für die Lohnabhängigen mit der Bedeutung der Funktionen und der Höhe der Einkommen in Gewerkschaft, Arbeiterkammern, Bundes- und Landesparlamenten sowie Sozialversicherungsanstalten – es gibt davon im kleinen Österreich immerhin zweiundzwanzig – in einem indirekt proportionalen Verhältnis stehen. Auf Ebene der Präsidenten – Frauen werden dort kaum gesichtet – tendiert er gegen Null. Wirtschaft und Industriellenvereinigung

Es sind Biotope und Reservate freilaufender Gewerkschafter, die von einem Lebensziel in Bewegung gehalten werden: die Pfründe bis zur Pensionierung zu behalten.

Foglar für FPÖ

Und so traten sie in die Koalitionsverhandlungen ein. Während die Medien noch darüber spekulierten, wie lange es dauern wird, bis eine Regierung stehen werde, der Durchschnitt von sechzig Tagen geisterte durch die Prognosen, zeigte es sich, daß der neue Kanzler auf kurzem Weg Nägel mit Köpfen machen will.

Der kommende Kanzler

Als die Verhandlungsteam der siegreichen Parteien ÖVP und FPÖ das erste Mal zusammentrafen, taten sie dies nicht im Bundeskanzleramt, in einem Wiener Kaffeehaus oder einem anderen klandestinen Ort, sondern an einem der geschichtsträchtigen Plätze in der einstigen Haupt- und Residenzstadt des Habsburgerreiches, im ehemaligen Landhaus der Stände, einem klassizistischen Prunkbau in der Herrengasse 13, dem „Palais Niederösterreich“.

Eher am Schluß:

Ängste und Zweifel, ob Österreich obwohl selbst der formelle Beitritt Österreichs zu dieser völkischen, antisemitischen und klerikalfaschistischen Staatengruppe nicht auszuschließen ist – die FPÖ hat ebendieses im Wahlkampf gefordert – scheint es doch unwahrscheinlich, daß Kanzler Kurz diese Flanke so weit aufmacht.

Doppelmonarchie an der Donau lebt wieder auf dem alten Fußballerspruch „Heute Abend spielt wieder Österreich-Ungarn“ – Gegen wen?“ bekommt neue Gültigkeit / einen Adressaten

SCHLUSS:

Am Ende: Eichkogel oberhalb des Renaissancestädtchens

Gumpoldskirchen, seit Jahrhunderten bekannt für seine schweren, würzigen
Weißweine und ein Stift der Deutsch-Ordens-Ritter oberhalb Eichkogel

Vormarsch pannonischer Flora östlichster Punkt des pannonischen Klimas

Direkt schneiden sich die pannonisch-pontische und die atlantische
Klimazone

Flaumeichen-Steppenwald, Zwergweichsel, Schwarzkiefern

Von vierzig bis fünfzig Arten findet man hier 10% der Weltpopulation

Anniger 675 m, dachsteinkalk thermenlinie einstiges meer

(Bei der der Autor dieser Zeilen anwesend war)

feigsten Wesen unter der Sonne. In Jahren Sozialpartnerschaft konnten
die führende diese Eigenschaft kultivieren und zu immer neuen Höhen
führen. Foglar Mittagsjournal

Kein Wunder, daß es diese Herrschaften waren, die in Tateinheit mit dem
Präsidenten der Arbeiterkammer (für die jeder Lohnabhängige 0,5 % seines
Bruttolohns zwangsweise abführen muß)

Ob die Verankerung in der Verfassung

Clustersprecher für Koalitionsverhandlungen festgelegt

Die Sprecher der fünf Cluster für die Koalitionsverhandlungen stehen fest. Auf ÖVP-Seite befinden sich Namen wie Innenminister Wolfgang Sobotka, der frühere Rechnungshof-Präsident Josef Moser und Generalsekretärin Elisabeth Köstinger. Für die Freiheitlichen werden etwa Harald Stefan, Walter Rosenkranz und Dagmar Belakowitsch ins Rennen geschickt. Auch eine Liste von Experten wurde festgelegt.

Im Cluster „Staat und Gesellschaft“ stehen einander Moser und Stefan gegenüber. In insgesamt sieben Fachgruppen wird dieser Bereich unterteilt: Medien, Justiz, Sport, Kunst und Kultur, Verwaltungsreform und Verfassung, Europa und Außenpolitik sowie Integration. Der übergeordnete Bereich „Sicherheit, Ordnung und Heimatschutz“ enthält mit Innere Sicherheit und Landesverteidigung hingegen nur zwei Untergruppen. Dabei verhandeln Sobotka und Rosenkranz.

Auch „Zukunft“ als Fachgruppe

Die Fachgruppen zum „Standort“ behandeln Finanzen und Steuern, Tourismus, Wirtschaft und Entbürokratisierung, Verkehr und Infrastruktur sowie Energie. Für die ÖVP verhandelt die stellvertretende Parteichefin Bettina Glatz-Kremsner, für die FPÖ Finanzsprecher Hubert Fuchs. Um „Soziales, Fairness und neue Gerechtigkeit“ kümmern sich August Wöginger (ÖVP) und Belakowitsch (FPÖ).

Verhandlungen ÖVP-FPÖ - Aufteilung

Themencluster und Fachgruppen mit den jeweiligen Clusterleitern von ÖVP und FPÖ



Grafik: APA/ORF.at; Quelle: APA

Des Themas „Zukunft“ nehmen sich ÖVP-Generalsekretärin Köstinger und FPÖ-Wirtschaftssprecher Axel Kassegger an. Fünf Fachgruppen gibt es

dabei: Wissenschaft und Forschung, Digitalisierung und Innovation, Bildung, Umwelt sowie Landwirtschaft und ländlicher Raum. In den insgesamt 25 Fachgruppen werden darüber hinaus jeweils drei Vertreter der ÖVP sowie der Freiheitlichen verhandeln.

Nur Input, keine Verhandlungen

Die Experten werden nicht verhandeln, allerdings Input liefern. Auf ÖVP-Seite befinden sich darunter etwa Sacher-Chefin Elisabeth Gürtler, Runtastic-Gründer Florian Gschwandtner und die ehemalige Belvedere-Chefin Agnes Husslein. Die FPÖ nominierte laut ÖVP-Angaben auf Expertenseite unter anderem Rechtsanwalt Rüdiger Schender, Heta-Vorstandsmitglied Arnold Schiefer und den ehemaligen freiheitlichen Gesundheitsstaatssekretär Reinhart Waneck.

Wahlergebnis zeigt deutliches Stadt-Land-Gefälle

Das Ergebnis der Nationalratswahl vom Sonntag zeigt ein deutliches Gefälle zwischen Stadt und Land. Während die SPÖ im urbanen Raum klar zulegen konnte, hätten ÖVP und FPÖ in ländlichen Gemeinden eine rechnerische Zweidrittelmehrheit erreicht, heißt es in einer Analyse der APA.

Die ÖVP konnte allerdings nicht nur ihren Vorsprung auf die SPÖ auf dem Land deutlich ausbauen, sie holte im Vergleich zur letzten Nationalratswahl 2013 auch in der Stadt auf.

ÖVP und FPÖ legten auch in der Stadt zu

Die ÖVP erreichte in den 1.714 ländlichen Gemeinden (nach EU-Klassifikation) 38 Prozent, die SPÖ in den Städten Wien, Graz, Linz, Innsbruck, Klagenfurt und Salzburg 33,3 Prozent.

In Summe hätten ÖVP und FPÖ in den ländlichen Gemeinden eine Zweidrittelmehrheit (67,2 Prozent). Im städtischen Bereich kommen ÖVP und FPÖ gemeinsam auf 57 Prozent. Gegenüber der Nationalratswahl 2013 konnten beide Parteien gemeinsam sowohl auf dem Land als auch im städtischen Bereich je 15 Prozentpunkte zulegen.

Nur in den Großstädten reichte das Plus von zehn Prozentpunkten (auf 45,5 Prozent) nicht für eine rechnerische schwarz-blaue Mehrheit. Nicht in die Rechnung einbezogen sind die Wahlkartenstimmen

Michael Bonvalots Buch *Die FPÖ - Partei der Reichen*

Die FPÖ nennt sich „Soziale Heimatpartei“. Doch Michael Bonvalot zeigt ein für viele unerwartetes Bild der FPÖ – als Speerspitze des Neoliberalismus von ihrer Gründung bis heute. So möchten VertreterInnen der FPÖ die Arbeitszeit erhöhen, die Mieten verteuern und die Mehrwertsteuer und damit die Preise anheben. Gleichzeitig laufen die Einsparungswünsche der FPÖ auf eine völlige Zerschlagung des Sozialstaats hinaus.

Details & Bestellmöglichkeit: <http://www.mandelbaum.at/buch.php?id=825>

Gilt: Die FPÖ vertritt die Niedrigverdiener, die ÖVP die gutverdienende Mittelschicht, vor allem die Beamten, und – mit besonderer sozialer Rücksichtslosigkeit, die Schwerreichen. Da Arbeitslose bei beiden Parteien zum sozialschmarotzenden Gesindel zählen, das den Sozialstaat aussaugt (dasselbe gilt für „Ausländer“ aller Couleurs, auch solche aus der EU, vor allem aus der östlichen EU) ist die Volksgemeinschaft in der Regierung perfekt abgebildet. Bevölkerungsgruppen wie Ein-Personen-Unternehmen, prekär Beschäftigte (jeder dritte Lohnabhängige arbeitet Teilzeit) alleinerziehende und altersarme Frauen und behinderte Menschen (deren Arbeitslosenquote liegt bei fünfzig Prozent und hat sich durch Liberalisierungen der Schutzbestimmungen durch die Rot-Schwarze Vorgängerregierung fast verdoppelt)

Herr Groll auf Reisen. 276. Folge. Jeder hat den Lieblingsautor, den er verdient

17 400 auf 15200 eindampfen Kitzmüller nicht vergessen, Grüne via chorherr abhandeln

Herr Groll auf Reisen. 272. Folge. Ein feines Paar

Der Dozent traf seinen Freund Groll am Nachmittag des dritten Januar 2016 in Grolls Stammheurigen in Groß-Jedlersdorf.

„Geschätzter Groll! Ich wünsche Ihnen aufregende Tage und die Erfüllung all Ihrer Vorsätze für ein gesundes, erfolgreiches und friedliches Jahr.“ Mit diesen Worten nahm der Dozent an Grolls Heurigenbank Platz.

Groll rang sich ein Lächeln ab. „Verehrter Dozent, ich danke Ihnen für den Besuch aus Hietzing. Ich weiß es zu schätzen, daß ein Millionärssproß sich auch im neuen Jahr loyal zu jenen Miserablen verhält, die in meinem transdanubischen Bezirk mit sechzig Prozent FPÖ Wähleranteil ihr tapferes wiewohl kümmerliches Leben fristen. Ich erwidere Ihre Neujahrswünsche nicht ohne hinzuzufügen, daß für die Gesundheit der bekömmliche Binder-Wein, für den Erfolg die zweiprozentige Erhöhung des Pflegegelds – nachdem es in den letzten zwanzig

Jahren dreißig Prozent verloren hat – und für die Friedfertigkeit jene 38er Magnum sorgen wird, die der Heurigenwirt mir gestern verkauft hat, so daß ich mich im neuen Jahr endlich wieder an den Marchfeldkanal wagen kann und den Kampfhunden, die dort von Zuhältern ausgeführt werden, etwas entgegensetzen kann.“

Groll orderte einen halben Roten, eine Pensionistenportion scharfen Liptauer und vierzehn Stangen Soletti.

Warum diese Mengenbeschränkung, fragte der Dozent. Er Sorge sich um den Sozialstaat, erwiderte Groll. Nachdem er einen Artikel von Werner Vogt gelesen habe (Die Presse, 4.1.2016) müsse er davon ausgehen, daß der Sozialstaat das neue Jahr wenn überhaupt dann nur zerrupft wie ein Suppenhuhn überleben wird. Es empfehle sich daher, mit dem Sparen zu beginnen.

Der Dozent nickte und griff zur Karaffe.

„Ich bin zu Ihnen gekommen, werter Freund, weil ich, wie jedes Jahr, mit Ihnen zu Jahresanfang eine Begebenheit erörtern möchte, die dem Jahr als Leitstern dienen soll – ob im Guten oder im Schlechten, ist nicht von Belang. Ich habe hier den Text einer parlamentarischen Anfrage einer Anneliese Kitzmüller, Nationalratsabgeordnete der FPÖ aus Kirchsschlag bei Linz. In dieser Anfrage an die Familienministerin, die von weiteren FPÖ-Abgeordneten unterzeichnet ist, begehrt Frau Kitzmüller Auskunft zum Thema „Flüchtlingskinder in Kinderrippen und

Kindergärten“. Der Ordnung halber füge ich hinzu, daß die Abgeordnete das Wort „Kinderkrippe“ konsequenterweise mit einem g wie Gustav schreibt.“

„Vertreter einer Partei, die Sozialleistungen für Flüchtlinge an die Kenntnis der deutschen Sprache knüpfen will, müssen mit der deutschen Sprache auf Kriegsfuß stehen. Das ist ein polit-linguistisches Grundgesetz: Die größten Kritiker der Elche sind selber welche. Unter den Wächtern von Sprache und Kultur befinden sich auffallend viele funktionelle Analphabeten und Kunsthasser.

Er habe auf der Parlaments-Website nachgesehen, warf der Dozent ein: „Die besagte FPÖ-Dame war und ist unter anderem Assessorin beim Landesschulrat Oberösterreich, ferner Mitglied der Landesparteileitung der FPÖ, Landesobfrau des Freiheitlichen Familienverbandes, Funktionärin der Wirtschaftskammer der Fachgruppe `Handel mit Arznei- und Drogeriewaren, Chemikalien und Farben`, Bezirksparteiobfrau von Urfahr-Umgebung, Landesparteiobmannstellvertreterin und Mitglied der Bundesparteileitung der ruhmreichen FPÖ, die von unseren lieben Landsleuten von einem Wahlerfolg zum nächsten getragen wird.“

Der Dozent nahm einen großen Schluck. „Daß die Frau Abgeordnete und ihre Mitarbeiter, die das Wort „Kinderkrippe“ beharrlich mit g schreiben, des Deutschen nicht mächtig ist, liegt

auf der Hand. Daß der Sprachverlust mit einer exemplarischen Bestialität Hand in Hand geht, überrascht bei dieser Partei, die dafür bekannt ist, die schlimmsten Erwartungen zu übertreffen. Die ehrenwerte Volksvertreterin und ihre Spießgesellen fragen:

‘Erstens: Wie viele asylwerbende Kinder, aufgegliedert nach Bundesländern sowie Geschlecht, besuchen derzeit eine Kindergruppe? Zweitens: Wie viele Kinder davon sind unbegleitete Minderjährige, aufgegliedert nach Bundesländern sowie Geschlecht, und besuchen eine Kindergruppe?’“

Groll schaute erschrocken auf. „Wenn ich richtig informiert bin, stehen Kinderkrippen für Kinder bis zum vollendeten dritten Lebensjahr zur Verfügung?“

„So ist es.“

„Also kann die Frage nach unbegleiteten asylwerbenden Kindern nur so verstanden werden, daß die Abgeordnete Kitzmüller davon ausgeht, daß sich ein- und zweijährige unbegleitete Flüchtlingsgangster in unser heiliges Kinderkrippensystem einzuschleichen versuchen. Demnächst wird man wohl Ungeborene an den österreichischen Zäunen verhaften. Ich sage Ihnen, verehrter Dozent: Wer Kindern Derartiges unterstellt, hat die Antwort, wie mit diesen unverschämten Sozialstaatszuwanderern umzugehen ist, schon seit geraumer Zeit im Hinterkopf und im Handgelenk. Noch fehlt die Gelegenheit,

die Antwort Wirklichkeit werden zu lassen. aus. Der obige Fragenkatalog muß als offener Mordaufruf an ´fremdländischen` Kleinkindern gelesen werden, und ich bin sicher, daß ein gar nicht kleiner Teil unserer werten Landsleute in ihren jämmerlichen Pseudoängsten das auch so verstehen.“

Was macht

Frau Kitzmüller

Ende: bestand ein KZ hunderte / überlebten die Sklavenarbeit nicht, Wenn ein FPÖ Abg im Jahr 2013 homosexuelle Menschen in ein KZ schicken will und ein oberösterreichisches Gericht ihn von dem Vorwurf der Verhetzung und faschistischen Wiederbetätigung freispricht

Was heißt das

Die Menschenfreunde von der Freiheitlichen Partei sind bereits am Ruder. Noch halten sie sich machtgeile und skrupellose Volksparteiler und Sozialdemokraten als Landeshauptleute. Bald schon werden sie die zur Seite schieben und auf den Misthaufen der Geschichte werfen

Ideologen in FPÖ-Team

Bei der FPÖ gehen mit Vizeparteichef Norbert Hofer und Generalsekretär Herbert Kickl bekannte Gesichter und die wohl mit maßgebendsten Ideologen der Partei in die Verhandlungen. Beide werden im Fall einer Koalitionsbildung als fixe Ministerkandidaten gehandelt.

APA/Georg Hochmuth

Kurz sagte, er wolle Van der Bellen laufend über die Gespräche informieren

Welche Ressorts sie bekleiden könnten, ist noch vollkommen offen. Strache nannte allerdings für Kickl das Sozialressort, Hofer gäbe hingegen einen „ausgezeichneten Außenminister“ ab, meinte er. Der Öffentlichkeit nicht ganz so bekannt sind hingegen Norbert Nemeth, der seit 2006 das Amt des Klubdirektors bekleidet, sowie die Nationalratsabgeordnete Anneliese Kitzmüller.

Umstrittener Olympia-Burschenschafter

Nemeth leiste Strache zufolge als Jurist „exzellente Arbeit“ im Parlamentsklub. Doch er ist nicht unumstritten: Der 48-Jährige ist Alter Herr der Burschenschaft Olympia, die vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW) als rechtsextrem geführt wird. Zudem soll er laut einem Bericht des „profil“ 1996 seine Solidarität mit dem damals inhaftierten Holocaust-Leugner Gottfried Küssel erklärt und das Verbotsgesetz attackiert haben.

Kitzmüller sei als Vertreterin der Landesgruppe Oberösterreich und, so Strache, als „starke Frau“ in die Verhandlungsgruppe geholt worden. Die 58-Jährige ist langjähriges FPÖ-Mitglied: Sie betätigte sich bereits während ihres nicht abgeschlossenen Studiums im Ring freier Jugendlicher, seit 2008 fungiert sie als FPÖ-Familiensprecherin, wobei sie die blaue Linie konsequent vertritt. In ihrem Heimatbundesland Oberösterreich, wo bereits eine schwarz-blaue Koalition regiert, kandidierte sie auf Listenplatz zwei hinter Manfred Haimbuchner.

Reibungsloser Ablauf nicht garantiert

Die Verhandlungen zwischen ÖVP und FPÖ könnten jedenfalls noch ereignisreich werden. Erste Unstimmigkeiten zeichneten sich bereits am Dienstag ab: Während Kurz seit Tagen davon spricht, dass er eine Regierungsbildung bis Weihnachten anpeilt, will die FPÖ „nichts überstürzen“. Es gelte, „ohne Zeitdruck und auf Augenhöhe“ zu verhandeln, so Strache. Der von Kurz gewünschte Abschlusstermin gelte daher für die FPÖ nicht.

Der mit der Regierungsbildung beauftragte ÖVP-Chef Sebastian Kurz ist fest davon überzeugt, im Bündnis mit der FPÖ ein europafreundliches Kabinett aufbauen zu können. **„Meine Regierung wird europagesinnt sein oder sie wird es nicht geben“, versicherte Kurz im Interview mit der Mailänder Tageszeitung „Corriere della Sera“ (Freitag-Ausgabe).**

„Mit der FPÖ sind wir durch den gemeinsamen Wunsch nach einem tiefgreifenden Wandel in Österreich geeint“, sagte der ÖVP-Chef. „Bei den Verhandlungen werde ich klar die Bedingung stellen, dass das Regierungsprogramm meinen Grundwerten und meinen europaorientierten Überzeugungen entspricht“, so Kurz.

„Seit vier Jahren bin ich Außenminister. Jeder weiß, dass ich europafreundlich gesinnt bin und ich diesbezüglich stark engagiert bin. Das werde ich auch in Zukunft sein“, sagte Kurz. **Österreich werde seine EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2018 nutzen, um EU-Reformen neuen Schwung zu verleihen.**

Er hob die exzellenten Beziehungen zu Italien hervor. „Die Beziehung zwischen unseren beiden Ländern **zementiert sich ganz besonders in Südtirol ein**. Italien ist ein Land, das mir **persönlich** am Herzen liegt“, sagte Kurz. Die Südtiroler Autonomie müsse als „Modell für ganz Europa“ gestärkt werden.

Kurz begrüßte den Rückgang bei den Migrantenankünften auf Sizilien, Europa sei damit jedoch in der Flüchtlingspolitik und beim Grenzschutz immer noch nicht am Ziel. **„Der zentrale Punkt ist, dass Migranten nicht in die EU gelangen sollen“**, sagte Kurz.

s musterschülerhaften Auftritts und seines larmoyanten, weinerlich-aggressiven Sprechweise, die an Helmut Qualtingers Darstellung des „Herrn Karl“ erinnert

Hast du eine Ahnung, warum die Krone voll auf Kurz – und Anti-Kern – Kurs umgeschwenkt hat?

Warum wurde P. Pilz von der Krone hofiert. Weil er dem Hund vom Jeannee sympathisch war?

Meiner Meinung nach ist der Aspekt des sozialen Rollbacks (der in Deutschland schon mit Hartz-IV realisiert wurde) im Artikel etwas unterbelichtet. Es handelt sich m.E. primär nicht um einen Rechtsruck sondern um einen Neoliberalen Ruck. Die Rolle der IV kommt im Artikel nicht vor.

ende als gag u anfangen mit roma-lager

nun raten Sie, wer den Verschwörer gegen die Deomkratie und Politmörder Salomon als Lieblingsautor angibt?

Keine Ahnung.

Manfred Haimbacher (NAME???), Chef der der FPÖ – Oberösterreich, Mitglied des FPÖ-Parteivorstandes, seit der OÖ Landtagswahl (Ergebnis bringen) Koalitionspartner der ÖVP

Die Wiener sind in Schleim gemeißelt (woher?) angeblich Kraus

Material

Am Morgen des 24. Juni 1922, einem Samstag, wollte Rathenau ins Auswärtige Amt in der [Wilhelmstraße](#), um einer Prüfung von Konsularanwärtern beizuwohnen. Am Abend zuvor hatte er noch bis in die frühen Morgenstunden bei einem Essen mit dem amerikanischen Botschafter [Alanson Houghton](#) und [Hugo Stinnes](#) den deutschen Standpunkt in der Reparationsfrage erläutert und eine Abkehr von seiner bisherigen Erfüllungspolitik erkennen lassen. Wohl auch deshalb hatte er sich verspätet und war erst um 10:45 Uhr in den [Fond](#) seines offenen [NAG-Kabrioletts](#) gestiegen. Obwohl es im Vorfeld immer wieder konkrete Attentatswarnungen gegeben hatte, fuhr Rathenau ohne Polizeischutz. Auf dem Weg von seiner Villa in der [Koenigsallee](#) 65 in [Berlin-Grunewald](#) bemerkten weder er noch sein Chauffeur, dass sie von einem Wagen verfolgt wurden. Kurz vor der [Kreuzung Erdener-/Wallotstraße](#), als Rathenaus Chauffeur angesichts der folgenden S-Kurve abbremsen musste, überholte der verfolgende Wagen, ein offener [Mercedes-Tourenwagen](#), an dessen Steuer der 20-jährige [Maschinenbaustudent Ernst Werner Techow](#) saß. Im Fond saßen der 23-jährige Student der [Rechtswissenschaften Erwin Kern](#) und der 26-jährige Maschinenbauingenieur [Hermann Fischer](#). Während Kern mit einer [Maschinenpistole MP18](#) auf Rathenau feuerte, warf Fischer eine [Handgranate](#) in den Wagen. Der von fünf Schüssen tödlich getroffene Rathenau starb binnen kürzester Zeit. Den Attentätern gelang die Flucht durch die Wallotstraße und anschließend die Herbertstraße.

Die Polizei stellte schnell einen Zusammenhang mit vorangegangenen Attentaten auf [Matthias Erzberger](#) und [Philipp Scheidemann](#) her, und noch am Tag der Ermordung ordnete der Kasseler Oberstaatsanwalt die Festnahme von Funktionären der rechtsextremen [Organisation Consul](#)

(O.C.), darunter [Karl Tillessen](#), [Hartmut Plaas](#) und [Friedrich Wilhelm Heinz](#), an. In der Tat waren auch die Attentäter allesamt Mitglieder der O.C., einer geheimen Nachfolgeorganisation der [Marine-Brigade Ehrhardt](#). Am 26. Juni wurde der Student Willi Günther verhaftet, der an der Vorbereitung der Tat beteiligt gewesen war und sich öffentlich der Mittäterschaft gerühmt hatte. Nach Günthers rückhaltlosem Geständnis wurden weitere Tatbeteiligte verhaftet, darunter [Hans Gerd Techow](#), ein Bruder des Fahrers. [Ernst Werner Techow](#) selbst wurde nach einem Fahndungsauftrag am 29. Juni verhaftet. Nach Fischer und Kern begann eine fieberhafte Suche. Sie wurden nach Zeugenhinweisen schließlich am Morgen des 17. Juli auf der [Burg Saaleck](#), wo sie beim Burgbesitzer, dem O.C.-Mitglied [Hans Wilhelm Stein](#), Unterschlupf gefunden hatten, von zwei Kriminalbeamten gestellt. Während der Konfrontation gab einer der Beamten fünf ungezielte Schüsse auf ein Turmfenster ab, von denen einer Kern tödlich am Kopf traf. Fischer erschoss sich daraufhin selbst.^[13]

Verfahren gegen die Täter

Vom 3. bis zum 14. Oktober 1922 wurde vor dem neugebildeten [Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik](#) gegen dreizehn Personen verhandelt. Neben drei Berufsrichtern mit Senatspräsident [Alfred Hagens](#) als Vorsitzendem wurden nach den Bestimmungen des [Gesetzes zum Schutze der Republik](#) sechs Laienrichter bestellt, darunter [Hermann Müller](#) für die [SPD](#), [Hermann Jäckel](#) für die [USPD](#) und [Gustav Hartmann](#) für die [DDP](#). Durch diese Besetzung sollte eine Rechtsprechung im republikanischen Geist gewährleistet werden. Oberreichsanwalt [Ludwig Ebermayer](#) klagte unter anderem Ernst Werner Techow des [Mordes](#), Hans Werner Techow und [Ernst von Salomon](#), **der bei den Attentatsvorbereitungen als Verbindungsmann fungiert und Fahrtstrecke und Wohnhaus Rathenaus ausgespäht hatte**, der Beihilfe zum Mord sowie Karl Tillessen und Hartmut Plaas der Nichtanzeige eines geplanten Verbrechens an. Die Anklageschrift klammerte dabei den gesamten Komplex O.C. vollständig aus und beschränkte sich auf die Rekonstruktion der Tat. Auch die Angeklagten bemühten sich während der Verhandlung, jeden Bezug zur O.C. zu vermeiden.

Das Verfahren endete mit zehn Verurteilungen und vergleichsweise drastischen Strafen. Am meisten Aufsehen erregte freilich, dass Ernst Werner Techow der [Todesstrafe](#) entging und wegen Beihilfe zum Mord zu 15 Jahren [Zuchthaus](#) verurteilt wurde. Dennoch erhielten [Ernst von Salomon](#) mit fünf Jahren Zuchthaus, sowie Tillessen und Plaas mit drei bzw. zwei Jahren Gefängnis Strafen, die sich gemessen an jeweils angeklagten Vergehen im oberen Strafraum bewegten. Das tatsächliche Maß der jeweiligen Tatbeteiligung wurde dabei indes nicht aufgedeckt. Ebermayer

hatte in seinem Schlussplädoyer zwar selbst vermutet, dass insbesondere Tillessen einer der Hauptorganisatoren des Anschlags gewesen sein müsse, konnte es jedoch nicht beweisen. Das Gericht ließ in seiner Urteilsbegründung offen, ob hinter dem Mordanschlag ein organisiertes Komplott gesteckt hatte.^[14] Vielmehr führte es das Verbrechen auf die Wirkung [antisemitischer](#) Hetzparolen zurück, um den Mord als isolierte Tat junger unreifer Fanatiker darzustellen. Zweifellos waren viele Offiziere der Brigade Ehrhardt „von tiefem Hass auf den Juden und Erfüllungsgehilfen Rathenau erfüllt“. Kern, Fischer und Techow waren überdies Mitglieder des [Deutsch-Völkischen Schutz- und Trutzbundes](#). Dennoch wehrten sich Salomon und die Brüder Techow gegen die Zuschreibung jüdenfeindlicher Tatmotive.^[15]

Weimarer Republik

Im Dezember 1918 meldete sich von Salomon freiwillig zu den regierungstreuen Truppen des [Freikorps Maercker](#). Mit diesem kämpfte er Anfang Januar 1919 während des [Spartakusaufstandes](#) in [Berlin](#) und nahm im Februar 1919 an der Sicherung der [Weimarer Nationalversammlung](#) teil. Er schloss sich dem im März 1919 gegründeten Hamburger Freikorps Bahrenfeld an, das im Juni 1919 in die Reichswehr überführt wurden. Mit den Hamburgern gelangte von Salomon zur [Eisernen Division](#) ins [Baltikum](#), wo er in [Lettland](#) unter dem Freikorps Hauptmann Liebermann als Maschinengewehrschütze zunächst im Auftrag der Reichswehr, später im Dienste der lettischen Regierung Ulmanis gegen die Truppen des revolutionären Russland kämpfte. Als die Front der „Eisernen Division“ im Dezember 1919 zusammenbrach, flüchteten die Freikorps zurück nach Deutschland.

Nach seiner Rückkehr aus dem Baltikum schloss sich von Salomon der [Brigade Ehrhardt](#) von [Hermann Ehrhardt](#) an. Mit ihr nahm er im März 1920 am [Kapp-Putsch](#) teil, in dessen Verlauf die Brigade das Regierungsviertel in Berlin besetzte. Von Mai bis Juni 1921 kämpfte von Salomon mit dem „Freikorps Wolf“ gegen [Aufständische](#) in [Oberschlesien](#). Nach der Auflösung der „Brigade Ehrhardt“ 1920 wurde Salomon Mitglied der Frankfurter Gruppe der [rechtsterroristischen](#) und antisemitischen [Organisation Consul](#), einer [klandestinen](#) Nachfolgeorganisation des Freicorps Ehrhardt, unter [Friedrich Wilhelm Heinz](#). Ziel der Organisation Consul war es, die Republik zu beseitigen. Das sollte durch die Ermordung von exponierten Personen dieser Demokratie erfolgen. Dazu zählten vor

allem Politiker jüdischer Abstammung, Politiker der demokratischen Parteien der Mitte, Politiker der Linken, Pazifisten und Politiker, die an den Verhandlungen des Versailler Friedens beteiligt waren.

So beteiligte sich Salomon auch am „angeblich nicht antisemitisch motivierten Attentat“ auf den Außenminister [Walther Rathenau](#).^[3] Rathenau wurde am 24. Juni 1922 auf der Fahrt von seinem Wohnhaus zum Außenministerium in seinem offenen Wagen aus einem überholenden Auto von [Erwin Kern](#) und [Hermann Fischer](#) mit Schüssen aus einer Maschinenpistole und durch eine Handgranate ermordet. Salomon war an der Vorbereitung des Attentates maßgeblich beteiligt. Die Täter und ihre Helfer wurden in kurzer Zeit aufgespürt. Kern und Fischer wurden am 17. Juli 1922 auf der Flucht in der [Burg Saaleck](#) gestellt. Dabei wurde Kern erschossen und Fischer nahm sich das Leben. Im Oktober 1922 wurde ein Prozess gegen 13 Tatbeteiligte vor dem mit dem [Republikschutzgesetz](#) neu errichteten [Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik](#) in Leipzig geführt. Salomon wurde wegen Beihilfe zum Mord zu fünf Jahren [Zuchthaus](#) verurteilt.^[4] Da das Gericht die Tat Salomons „als »gemeines Verbrechen« qualifizierte, das »allein dem Juden Rathenau gegolten habe«, verhängte es für 5 Jahre nach der Verbüßung der Strafe die [Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte](#). Diesen Teil der Strafe bemängelte Salomon als ungerecht und entehrend, wie er 1928 unter anderem in einer Artikelserie unter dem Titel *Minister Rathenaus Ende - Erinnerungen eines an dem welthistorischen Attentate Beteiligten* für das Berliner [NSDAP-Organ Der Angriff](#) ausführte.^[5]

Noch vor dem Rathenau-Attentat hatten die Frankfurter OC-Männer um [Karl Tillessen](#), Erwin Kern und Ernst von Salomon versucht, ein Mitglied ihrer OC-Gruppe, Erwin Wagner, als vermeintlichen Verräter umzubringen. Wagner war ihnen im Januar 1922 bei der Befreiung von [Ludwig Dithmar](#), einem der bei den [Leipziger Prozessen](#) verurteilten Kriegsverbrecher, als Fahrer behilflich gewesen. In der Nacht vom 4. auf den 5. März 1922 hatten Salomon und seine Mittäter Wagner in Bad Nauheim mit Totschlägern schwer am Kopf verletzt und seinen Körper mit einem Stein beschwert in den See des Kurparks geworfen. Als der noch lebende Wagner versuchte, dem Ertrinken zu entgehen und an Land watete, schossen die Täter auf ihn. Salomon verhinderte mit einer Armbewegung den tödlichen Treffer, so dass Wagner schwimmend zur anderen Seite des Sees entkam. Eigentlich war vorgesehen, dass Salomon selber schoss, doch fehlte es dem damals 19-jährigen Salomon nach Meinung des Historikers [Martin Sabrow](#) „noch an Skrupellosigkeit“.^[6] Wagner hatte es nach dem Mordversuch nicht gewagt, diesen der Polizei zu melden.^[7] So war dieser [Fememordversuch](#) fünf Jahre ungesühnt geblieben.

Der Mordversuch an Wagner wurde 1926 durch eine Zeugenaussage im 1926 errichteten [Reichstagsfemeausschuss](#) aufgedeckt. Bezüglich dieser Tat kam es 1927 zu dem „Giessener Fememordprozess“ gegen Heinz, Salomon und einen weiteren OC-Mann, Ernst Casimir Schwing.^[8] Salomons Verteidiger war der auf Femesachen und rechtsradikale Attentäter spezialisierte „Staranwalt der Rechtsextremisten Walter Luetgebrune“.^[9] Bei dem Prozess zogen alle Zeugen die Aussagen gegen die Angeklagten zurück. Die wiederum schoben alle Schuld auf den 1922 im Zusammenhang mit dem Rathenaumord getöteten Erwin Kern. Die Tätigkeit der OC blieb im Dunkeln und der Führer der Terrorgruppe, Karl Tillesen, konnte als Zeuge unwiderlegt behaupten, dass die Feme nicht in Mord, sondern in gesellschaftlicher Ächtung der Opfer bestanden habe. Man habe dem Opfer höchstens eine [Abreibung](#) verpassen wollen. Dazu waren die Angehörigen des Gerichts sehr gegen die Republik voreingenommen und sympathisierten teilweise mit den Tätern. So kam es zu milden Urteilen und die Tätigkeit der Organisation Consul wurde nicht aufgeklärt. Salomon wurde wegen Körperverletzung zu dreieinhalb Jahren Gefängnis und Ernst Schwing wegen Beihilfe zum versuchten Totschlag zu eineinhalb Jahren Gefängnis verurteilt. Heinz wurde wegen Mangels an Beweisen freigesprochen.^[10] Salomons Strafe wurde mit seiner ersten Verurteilung zusammen auf eine Gesamtdauer von 7 Jahren festgelegt. Später räumte Salomon ein, dass das Urteil in Gießen ein Fehlurteil gewesen sei, weil sie wirklich versucht hätten, Wagner zu ermorden. Dass es ihnen nicht gelungen sei, sei ein "Versager gewesen".^[11] Infolge eines [Gnadenaktes](#) des Reichspräsidenten [Hindenburg](#) wurde Salomon schon im Dezember 1927 aus dem Zuchthaus [Marienschloss-Rockenberg](#) auf Bewährung entlassen. Er heiratete danach in Berlin seine Jugendliebe Lieselotte Wölbart, mit der er sich als Häftling im Zuchthaus [Striegau](#) 1923 [verlobt](#) hatte. Sie gingen nach wenigen Jahren auseinander, blieben aber bis nach 1945 verheiratet.

Nach der Haftentlassung beschäftigte sich Salomon unter anderem mit Geldsammlungen zur Unterstützung inhaftierter Fememörder. [Walter Luetgebrune](#) vermittelte ihm den Kontakt zu [Paul Fechter](#), der am 29. April 1928 im [Feuilleton](#) der [DAZ](#) Salomons erste größere Arbeit, den Essay „Der erste Tag“ veröffentlichte.^[12] Fechter rühmte sich in seiner 1952 neu herausgegebenen „Deutschen Literaturgeschichte“,

22. mai

für groll: rathenau (rapallo) ernst v salomon, weitere fememorde, monarchistische todesschwadron damals freikorps im baltikum u oberschlesien, antisemitisch, antikommunistisch

antimodern

hitler nsdap eignete sich die erinnerung an, die mörder - mord beschreiben! wurden geehrt, strafen aber keine hinrichtungen, haimbuchner am

Wer sich mit Hunden ins Bett legt, darf sich nicht wundern, wenn er mit Flöhen erwacht. Und die Österreicher lieben ihre Hunde über alles.

. Die angestrebte Aufkündigung der Sozialpartnerschaft würde das gesellschaftliche Kräfteverhältnis zwischen Arbeitnehmern und Unternehmern gravierend zugunsten der Unternehmer verändern. Während auf „Zuckerl“ für Unternehmen detailliert eingegangen wird, fallen Themen wie Armutsbekämpfung, Mindestlohn und Mindestpensionen unter den Tisch.“

„Damit würden vor allem die Beschäftigten von Betrieben und Branchen unter die Räder kommen, in der es nur eine schwache bzw. gar keine gewerkschaftliche Vertretung gibt. Das würde insbesondere Branchen mit einem hohen Frauenanteil treffen.“ Und es würde sich die Kluft zwischen den besser Verdienenden und den unteren Einkommen weiter vergrößern. Je schlechter die Qualifikation, desto leichter ist jemand durch eine billigere Arbeitskraft aus Osteuropa ersetzbar, desto schlechter sind auch die Chancen auf die Durchsetzung von Forderungen und Rechten